



# PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE FREIBURG

## - Unabhängiger Studierendenausschuss -

Pädagogische Hochschule Freiburg · Kunzenweg 21 · 79117 Freiburg

Datum: 09/12/11

Vorstand: (0761) 682- 370  
Sekretariat: (0761) 682-618  
Telefax: (0761) 682- 201

An die Vertreter\_innen der Presse



### Presseerklärung des UStA der PH Freiburg

Zumeldung zum Artikel der Badischen Zeitung "Aus für Studiengebühren: Verteilung von unten nach oben?" vom 09.12.2011 (1)

### Studiengebührenfreiheit: ein Schritt in die richtige Richtung

Der UStA der Pädagogischen Hochschule Freiburg begrüßt die Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg, als ein Schritt in die richtige Richtung und kritisiert scharf das Festhalten der FDP-Fraktion an der 'Unternehmerischen Hochschule' als neoliberal geprägte Ideologie, getreu dem Postulat: 'Wer den Nutzen hat, soll auch die Kosten tragen!'. Nicht die Abschaffung der Studiengebühren, sondern die Einführung von Studiengebühren war Bestandteil einer konsequenten Umverteilungspolitik von unten nach oben. Nach allen vorliegenden historischen Erfahrungen hängt der Grad der Chancengleichheit im Zugang zu Bildung direkt vom Umfang öffentlicher (steuerfinanzierter) Investitionen in Bildung ab (2): Nur ein öffentlich finanziertes Bildungssystem kann die Chancen von Kindern aus 'ärmeren' Familien auf einen Studienabschluss gewährleisten! Unter diesem Blickwinkel sind die Aussagen der FDP-Fraktion bodenloser Zynismus.

(1): vgl. <http://www.badische-zeitung.de/aus-fuer-studiengebuehren-verteilung-von-unten-nach-oben-x1x>

(2): vgl. [http://www.abs-bund.de/uploads/media/Broschuere\\_2\\_-\\_Argumente\\_gegen\\_Studiengebuehren.pdf](http://www.abs-bund.de/uploads/media/Broschuere_2_-_Argumente_gegen_Studiengebuehren.pdf)



## Für eine soziale Öffnung der Hochschule

Die Hochschulen müssen sich für mehr junge Menschen öffnen. Nach wie vor entscheidet die Herkunft darüber, wer ein Studium aufnimmt: Kinder von Nicht-AkademikerInnen haben deutlich schlechtere Chancen ein Studium aufzunehmen (3). Um den prognostizierten Anstieg an StudienbewerberInnen zu bewältigen, müssen ausreichend Studienplätze geschaffen werden. Dafür ist der Numerus clausus durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der Studienplätze zu überwinden. Damit schon jetzt alle freien Studienplätze tatsächlich besetzt werden können, wird eine Hochschulzulassung benötigt, die sich am Grundrecht der Berufswahlfreiheit, das ein Recht auf Hochschulzulassung einschließt, misst.

Damit Bildungschancen nicht ungleich verteilt bleiben, sind Maßnahmen zur Öffnung der Hochschulen einzuleiten. Dafür ist eine Reform des gesamten Bildungssystems, die an einer sozialen Durchlässigkeit orientiert ist, erforderlich. Damit die Studienberechtigten sich das Studium jedoch leisten können, ist eine strukturelle Erneuerung der Studienfinanzierung, die auf einer uneingeschränkten Garantie der Studiengebührenfreiheit und einer leistungsfähigen Ausbildungsförderung beruht unabdingbar.

**"Studiengebühren verstoßen nicht nur gegen den im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verankerten Grundsatz der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums, sie sind auch aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen",** erklärt Sven Fred vom UStA der PH Freiburg. **"Studiengebühren sind keine Lösung für die Probleme im Hochschulsystem, sondern sie verschärfen diese Krise weiter (4)."**

Eine demokratische und soziale Hochschule braucht einen bundesweiten gesetzlichen Ausschluss von Studiengebühren ebenso, wie eine Reform der Ausbildungsförderung. Der Darlehensanteil des BAföGs ist zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zurückzuführen, damit junge Menschen vom 'Studentenberg' aus nicht mit einem 'Schuldenberg' ins Berufsleben starten müssen. Perspektivisch ist das BAföG auf diese Weise zu einem Elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiterzuentwickeln. Im Gegenzug sollten die ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienentlastungsausgleich (Kindergeld, Steuerfreibeträge usw.), die heute Eltern von Studierenden zugute kommen, in die Ausbildungsförderung integriert und damit direkt allen Studierenden ausbezahlt werden.

(3): vgl. [http://www.bmbf.de/pub/wslsl\\_2009.pdf](http://www.bmbf.de/pub/wslsl_2009.pdf)

(4): vgl. <http://www.abs-bund.de/aktionsbuendnis/krefelder-aufruf/>

*Für Rückfragen steht Ihnen Sven Fred per e-Mail unter [sven.fred@usta-ph.de](mailto:sven.fred@usta-ph.de) oder das Pressereferat unter [presse@usta-ph.de](mailto:presse@usta-ph.de) zu Verfügung.*

